

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Zebitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleiniechthübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Forstsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiete, Inh. Walter Hiete. Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Fettschrift 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Fettschrift 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisstützung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 92

Bad Schandau, Dienstag, den 21. April 1931

75. Jahrgang

Zollunion und Exportinteressen

Die europäische Öffentlichkeit wird zurzeit durch den in Aussicht genommenen Vertrag einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich in Atem gehalten. Der ganzen Angelegenheit wird besonders von seiten Frankreichs eine eminent politische Bedeutung beigelegt, die ihr nach der erklärten Absicht der Vertragspartner nicht zukommt. Der Vertrag ist allein und ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten diktiert. Schon seit 1927 beschäftigt sich der Völkerbund sehr eingehend mit den unhaltbaren europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Er hat zwar unzählige Entschlüsse gefaßt und Entwürfe ausgearbeitet, aber all seine Versuche konnten keinerlei praktische Verwirklichung finden. Mit dem Scheitern des Genfer Zollfriedensabkommens haben die Bemühungen des Völkerbundes endgültig verfaßt. Ungefähr vor Jahresfrist trat dann Briand mit seinem Vorschlag eines paneuropäischen Zusammenschlusses hervor und versandte Fragebogen an die einzelnen Staaten Europas. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen in Genf fand Schöber mit seiner Formulierung, dieser wirtschaftliche Zusammenschluß Europas müsse durch regionale Zusammenschlüsse vorbereitet werden, allseitige Zustimmung.

Es berührt daher sehr eigenartig, daß der erste Versuch eines derartigen regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, der nach der Ansicht beider Vertragspartner dazu beitragen soll, die wirtschaftliche Organisation Europas in die Wege zu leiten von demselben Briand aufs schärfste und heftigste verurteilt wird. Der Vorvertrag für den Abschluß der Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich nimmt sinngemäß Bezug auf die Briandschen Anstrengungen zur Organisation Europas. Es steht allen übrigen europäischen Staaten frei, sich der Zollunion anzuschließen, und die völlige Unabhängigkeit Oesterreichs und Deutschlands bleibt gewahrt.

Es ist also der erste praktische Versuch, zwei aneinandergrenzende Wirtschaftsgebiete zusammenzufassen und eine Bresche zu schlagen in die unheimlichen Zollmauern der Welt. Die deutsch-österreichische Zollunion kann die Basis sein, um in Mittel- und Südosteuropa überhaupt zu vernünftigen handelspolitischen Verhältnissen zu kommen. Für die deutsche und österreichische Wirtschaft ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, von den beteiligten Regierungen zu verlangen, daß sie in jedem Falle, was auch kommen mag, fest bleiben und den klaren Standpunkt des Rechts, das unbedingt zu unseren Gunsten spricht, nicht verlassen. Es ist das erstmal, daß Deutschland und Oesterreich nach dem Kriege eine wirtschaftliche Aktion größeren Ausmaßes gemeinsam durchführen. Es handelt sich jetzt darum, starke Nerven zu behalten und trotz aller Widerstände und Anfeindungen durchzudringen.

Was bedeutet die Zollunion für die deutsche Wirtschaft?

1. Erweiterung des Binnenmarktes,
2. eine Brücke nach dem Südosten und
3. Verstärkung der Position bei Handelsvertragsverhandlungen

Der deutsche Binnenmarkt erweitert sich nach Abschluß der Zollunion um ein Zehntel. Zweifellos ergibt sich daraus schon eine gewisse Chance für erhöhte industriellen Export. Gesund fundierten und konkurrenzfähigen Industrien auf beiden Seiten wird es sehr gut möglich sein, aus dem Wegfall der handelspolitischen Hemmnisse Nutzen zu ziehen. Für die deutsche Landwirtschaft zeigen sich die Vorteile der Zollunion insbesondere auf dem Gebiete des Vieh- und Zuderexports, während umgekehrt Oesterreich einen erhöhten Absatz an hochwertigem Zuchtvieh findet. Wie überhaupt Oesterreich seinen Binnenmarkt um ungefähr das Zehnfache vergrößert. Für die deutsche Exportindustrie kommt als weiteres wichtiges Argument hinzu, daß die deutsch-österreichische Zollunion den Anfang der wirtschaftlichen Erschließung des südosteuropäischen Raumes bedeutet.

Bedenkt man dann noch, daß nach Abschluß der Zollunion die vereinigten Partner Deutschland und Oesterreich bei Handelsvertragsverhandlungen ein weit größeres Gewicht in die Waagschale zu werfen haben als bei ihrer derzeitigen Trennung, so sieht man, daß die Vorteile der deutsch-österreichischen Zollunion die Schwierigkeiten, die in der Ubergangszeit zweifellos in einzelnen Wirtschaftszweigen sowohl hüten wie drüben auftreten werden, überwiegen. Letzten Endes darf diese Frage ja nicht nur materiell-wirtschaftlich, sondern sie muß auch ideell gesehen werden. Ich bin überzeugt, daß die deutsch-österreichische Zollunion ein historischer Wendepunkt im Nachkriegsdeutschland Deutschlands und Oesterreichs sein wird.

Die Ereignisse im Südosten werden die deutsche Wirtschaft in den kommenden Monaten und Jahren noch vor schwere Aufgaben und ernste Nervenproben

stellen. Es muß gelingen, in Deutschland zwischen der Industrie und der Landwirtschaft wenigstens in den großen wirtschaftspolitischen Fragen, die mit der Zollunion eingeleitet sind, eine Einheitsfront zustande zu bringen. Weder Landwirtschaft allein noch Industrie allein darf jetzt in Deutschland die Lösung sein.

Professor Dr. Karl Duisberg.

Frankreichs Gegenplan

Keine neue Idee.

Paris, 21. April.

Der Plan der französischen Regierung, der die Antwort auf die deutsch-österreichische Zollangelegenheit bilden soll, umfaßt nach den bisherigen Mitteilungen in der Hauptsache die Schaffung einer Landwirtschaftsbank und eine Vorzugsbehandlung Oesterreichs. Vorgeesehen sein soll die Gründung einer internationalen Landwirtschaftskreditbank mit einem Kapital von 50 Millionen Dollar, das Frankreich zu 10 Prozent zu zeichnen bereit sein soll.

Auch in dieser Meldung findet sich also nur ein Hinweis auf ein landwirtschaftliche Maßnahmen des französischen Regierungsplans, die zudem teilweise auch mit den innerhalb des Europastudienausschusses längst beschlossenen Maßnahmen zusammenfallen würden, nämlich insofern als die Gründung einer internationalen Agrarkreditbank vorgesehen ist. Es findet sich in der Meldung aber keine Andeutung über allgemein wirtschaftliche Maßnahmen.

Agrarinstitut in Paris?

Genfer Tagung der Studienkommission.

Genf, 21. April.

Der Unterausschuß der Studienkommission für die europäische Einigung, der sich mit den bisherigen Ergebnissen

der Vorarbeiten für die Errichtung eines internationalen Agrarkreditinstituts beschäftigt, ist unter dem Vorsitz des französischen Staatssekretär Poncet zusammengetreten. Der Vorsitzende erklärte, daß die französische Regierung alles, was in ihren Kräften stehe, tun wird, um das Projekt zur Ausführung zu bringen. Die Länder Osteuropas, denen durch das geplante Agrarkreditinstitut westliches Kapital zufließen soll, hätten insgesamt eine Bevölkerungszahl von 100 Millionen Einwohnern, deren Lebenshaltungsniveau noch sehr niedrig sei.

Als Sitz des internationalen Agrarkreditinstituts wurde von den Sachverständigen Paris vorgeschlagen.

Zur Begründung für die Wahl dieses Ortes wird angegeben, daß es für das geplante Institut von Wichtigkeit sei, in ständiger Verbindung mit einem Geldmarkt erster Ordnung und in vertrauensvollen Beziehungen zu einem Mittelpunkt internationaler Kapitalinvestition zu stehen.

Der Genfer Agrarkreditausschuß

Genf, 21. April.

In der Nachmittagsitzung des Agrarkreditausschusses der Europa-Kommission gab der Vertreter Polens im Namen der acht Staaten, die an der Warschauer Konferenz teilgenommen haben, die Erklärung ab, daß die Regierungen dieser Länder grundsätzlich dem Plan eines internationalen Kreditinstitutes ihre Zustimmung gaben, mit dem Wunsche, daß es möglichst bald geschaffen werde. Die Vertreter Frankreichs und der Schweiz erklärten sich grundsätzlich für den Plan. Die übrigen Delegierten brachten zum Ausdruck, daß sie noch nicht in der Lage seien, die endgültige Stellungnahme ihrer Regierungen bekanntzugeben. Sie ständen aber dem Gedanken der Schaffung eines internationalen Agrarkreditinstitutes sympathisch gegenüber.

Der deutsche Vertreter, Reichsminister a. D. Dr. Hermeß, sprach seine Zustimmung aus zu den Bestimmungen, auf dem Wege von Agrarkrediten den südosteuropäischen Ländern zu helfen. Zu dem Projekt des Agrarkreditinstitutes könne er eine endgültige Stellungnahme noch nicht einnehmen.

Die Franzosenspionage in Ostpreußen

Französische Generalkübler filmten die Anwendung eines neuen Zielinstruments

Berlin, 2. April.

Zu dem Zwischenfall in Königsberg, wo, wie gemeldet, französische Offiziere Aufnahmen im Kasernenlager gemacht hatten, wird berichtet, daß es sich bei den drei Offizieren um französische Generalkübler handelte, die der zweiten Abteilung des Kriegsministeriums, also der Spionageabteilung, angehörten, und daß die Bildaufnahmen, die sie bei einer Uebung der Reichswehrartillerie gemacht haben, sicherheit einer ganz bestimmten Zweck dienen sollten.

Die Vorgänge, die die französischen Offiziere im Kasernenhof verfolgten, und die sie durch ein Gitter, das die Kaserne von der Außenwelt abschließt, filmten, stellten eine Uebung über die Anwendung eines neuen Zielinstruments dar, das auf den Geschützen aufgesetzt wird und eine bessere Zielmöglichkeit schaffen soll. Die Aufnahmen haben, wie weiter berichtet wird, offenbar den Zweck gehabt, Art und Verwendung dieses Zielinstruments kennenzulernen.

Die Untersuchung gegen die französischen Offiziere und Beamten ist noch im Gange. Sie wird angesichts der Wichtigkeit, die die Angelegenheit anzunehmen scheint, mit aller Sorgfalt weitergeführt. An den maßgebenden deutschen Stellen kann man sich kaum vorstellen, daß die Offiziere auf derartig plumpe Weise spioniert haben sollten.

Sollte sich aber aus den Photographien ergeben, daß der Verdacht gerechtfertigt ist, so würden von deutscher Seite die nötigen Konsequenzen gezogen werden, d. h. die französische Regierung würde ersucht werden, den Königsberger Konsul und den ebenfalls in die Angelegenheit verwickelten Hilfsattaché an der französischen Botschaft abzuberufen.

Die französischen Offiziere haben Festungsanlagen photographiert!

Königsberg. Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind nunmehr entwickelt worden. Die Bilder zeigen Festungsanlagen und seiner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät üben, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Die Aufnahmen sind teilweise durch einen Zaun hindurch gemacht worden, zeigen also Uebungen auf dem Kasernenhof und nicht etwa auf einem dem Publikum zugänglichen freien Platz. Es kann sein

Zweifel darüber bestehen, daß jede Zivilperson, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg sich haben zuschulden kommen lassen, wegen Spionageverdachts festgenommen und der Polizei bzw. dem Gericht übergeben werden würde. In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur Nachrichtenabteilung des französischen Generalkübes gehören.

Entgegen anderslautenden Meldungen haben die Franzosen Ostpreußen noch nicht verlassen, sondern ihre „Schlachtfeldreise“ fortgesetzt. Am Sonntag waren sie in Gumbinen, und anschließend fuhren sie an der deutsch-polnischen Grenze entlang, um Allenstein und das Tannenbergsdenkmal zu besichtigen.

Die Spionageoffiziere haben Deutschland sofort zu verlassen.

Eine Anweisung aus Paris.

Königsberg. Wie der Vertreter der El. erfährt, hat die französische Botschaft in Berlin den drei französischen Offizieren, die unter Spionageverdacht in Königsberg festgenommen und wieder freigelassen wurden, die Anweisung erteilt, Ostpreußen und Deutschland unverzüglich zu verlassen. Ein entsprechendes Telegramm dürfte an das Königsberger Hotel der Offiziere gerichtet sein.

Berlin. An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß von Paris aus an die drei Spionagebeschuldigten französischen Offiziere in Königsberg die Anweisung ergangen ist, Deutschland sofort zu verlassen. Die Tat, die den Offizieren zur Last zu legen ist, wird in Deutschland mit Zucht und Bedacht. Die Reichsregierung scheint jedoch trotz der Schwere des Delictes sich mit dem Verschwinden der Schuldigen aus Deutschland begnügen zu wollen, obwohl in einem umgekehrten Falle deutsche Offiziere oder Personen, die sich in gleicher Weise schuldig gemacht hätten, in Frankreich sofort festgesetzt, vor ein Kriegsgericht gestellt und zweifellos aufs schwerste bestraft worden wären.

Eiliger Aufbruch.

Königsberg. Die französischen Offiziere trafen überraschend und entgegen ihren ursprünglichen Dispositionen nicht um 22.10 Uhr, sondern bereits um 19 Uhr in Königsberg ein. Sie brachen überführt von ihrem Hotel aus, um den um 20.18 Uhr abgehenden Zug in Richtung Berlin zu erreichen. Wie verlautet, werden die Offiziere Deutschland über die polnische Grenze verlassen und nicht über Berlin fahren.